

Vorlage Stadtparlament

Datum 26. März 2024
Beschluss Nr. 3814
Aktenplan 211.25.00 Musikschule: Allgemeines

Berufsauftrag für Musiklehrpersonen und Anpassung der Besoldungsgrundlagen

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Für die Einführung des Berufsauftrags für Musiklehrpersonen und die Anpassung der Besoldungsgrundlagen werden zusätzliche jährlich wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von CHF 190'000 bewilligt. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kosten in den Folgejahren abnehmen und langfristig ganz wegfallen werden.
2. Der Nachtrag VII des städtischen Reglements über die städtischen Schulen (SRS 211.1 Schulordnung) wird genehmigt.
3. Es wird festgestellt, dass der Beschluss gemäss Ziffer 1 nach Art. 8 Abs. 1 Ziff. 6 Bst. b der Gemeindeordnung (SRS 111.1) und der Beschluss gemäss Ziffer 2 nach Art. 8 Abs. 1 Ziff. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.

Zusammenfassung

Im Jahr 2015 führte der Kanton St.Gallen einen ganzheitlichen und zeitgemässen Berufsauftrag für die Volksschullehrpersonen ein. Die Musikkommission des Verbands St.Galler Volksschulträger (SGV) veröffentlichte im Jahr 2017 eine Empfehlung für eine Adaptierung dieses Berufsauftrags durch die Musikschulen.

Im Zentrum der Arbeit der Musiklehrpersonen steht der Unterricht mit den Schülerinnen und Schülern. Darüber hinaus fallen aber auch einige andere Tätigkeiten und Aufgaben an, die sich in den letzten Jahren teilweise verändert haben. So hat beispielsweise die Schulentwicklung eine höhere Bedeutung und ein höheres Gewicht erlangt. Das Gleiche gilt auch für die Veranstaltungen und Aktivitäten sowie für die Kommunikation mit Eltern, Schülerinnen und Schülern. Vor dieser Ausgangslage soll der Berufsauftrag der städtischen Musiklehrpersonen angepasst werden, indem die Empfehlung des SGV übernommen wird. Damit werden die Arbeitsfelder der Lehrpersonen der Musikschule in zeitgemässer Form abgebildet. Bei Bedarf besteht in begründeten Einzelfällen zudem die Möglichkeit für eine flexible und auf die betreffende Arbeitssituation zugeschnittene Lösung, beispielsweise wenn eine Lehrperson besondere Aufgaben übernimmt (Projektleitung, Fachkoordination oder Organisation eines grösseren Konzerts). Im Bereich der Schulentwicklung gewährleistet der neue Berufsauftrag, dass die Aufgaben der Musiklehrpersonen und die dafür zur Verfügung stehende Zeit geklärt wird.

Gleichzeitig soll die Besoldung der Musiklehrpersonen bereinigt werden. Aktuell werden städtische Instrumentallehrpersonen mit einem Abschluss auf Stufe Musikhochschule (früher Konservatorium, heute «Master Musikpädagogik»), in die Besoldungstabelle der Oberstufenlehrpersonen der Volksschule eingereiht. Diese Regelung gilt seit der Gründung der Jugendmusikschule der Stadt St.Gallen im Jahr 1978. Die Empfehlungen des SGV sehen demgegenüber eine Einstufung in die tiefere Lohntabelle vor, in welche die von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren- und -direktoren (EDK) anerkannten Heilpädagoginnen und -pädagogen ohne Lehrdiplom für Regelklassen oder Kindergarten, die Logopädinnen und Logopäden sowohl die Lehrpersonen für Rhythmik und Psychomotorik¹ eingereiht sind. Die Einreihung soll in diesem Sinne und gemäss den Empfehlungen des SGV angepasst werden. Dabei gilt eine Besitzstandswahrung.

Schliesslich plant der Stadtrat, in eigener Kompetenz die Tarife der Musikschule anzupassen. Neu soll ein zeitgemässes und ausgewogenes Modell mit einkommensabhängigen Tarifen eingeführt werden. Ein vergleichbares System gilt schon heute im Bereich der Betreuung (städtische Tagesbetreuung und Kindertagesstätten). Abgestützt wird neu auf das sogenannte massgebende Einkommen resp. das steuerbare Vermögen nach Art. 12 der Verordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung². Finanziell benachteiligte Familien werden künftig einen tieferen Tarif bezahlen (maximal minus 46 Prozent). Im Gegensatz dazu werden zukünftig finanziell gut gestellte Familien mit einem massgebenden Einkommen von über CHF 94'999 für den Besuch des Instrumentalunterrichts ihrer Kinder mehr bezahlen, maximal rund 14 Prozent. Gleichzeitig soll bei der Anpassung des Tarifmodells der heute geltende Geschwisterrabatt aufgehoben werden. Der Geschwisterrabatt war früher auch in anderen Gebührentarifen vorgesehen. Im Jahr 2014 wurde dieser in der städtischen Tagesbetreuung abgeschafft und im Bereich der Kindertagesstätten im Jahr 2019. Ein Nachteil des Geschwisterrabatts liegt darin, dass er unabhängig von Einkommen gleichermassen für alle Familien gilt. Das soll geändert werden. Mit der Einführung eines linearen Tarifsystems soll der Geschwisterrabatt aufgehoben werden. Das ist ein sachgemässer Schritt. Für die tiefsten Einkommen gilt, dass Familien mit mehreren Kindern in der Musikschule trotz Aufhebung des Geschwisterrabatts künftig weniger bezahlen werden als heute.

Diese Vorlage stellt ein Gesamtpaket dar, welches mit austarierten Massnahmen den aktuellen Handlungsbedarf aufgreift. Sie kann als Kompromisslösung bezeichnet werden. In finanzieller Hinsicht ergeben sich sowohl kostensteigernde als auch kostenmindernde Effekte. Kurzfristig ist mit jährlichen Mehrkosten von rund CHF 140'000 zu rechnen. In diesen Betrag eingerechnet sind die Mehreinnahmen von jährlich CHF 50'000, die der Stadtrat mit einer Reglementsanpassung ausserhalb dieser Vorlage plant. Somit entfallen auf die beantragten Beschlüsse des Stadtparlaments kurzfristige jährlichen Mehrkosten von rund CHF 190'000. Langfristig ist mit Minderaufwendungen von rund CHF 130'000 zu rechnen. Unter Ausblendung der Gebührenanpassung beträgt der langfristige Minderaufwand, der auf die Beschlüsse des Stadtparlaments zurückgeht, pro Jahr rund CHF 80'000. Dabei spielen die folgenden vier Effekte eine Rolle:

- Aufgrund der Reduktion der Unterrichtsverpflichtung von heute 30 auf neu 28 Lektionen (à 60 Minuten) pro Unterrichtswoche werden 1.9 zusätzliche Stellen benötigt, was jährlich wiederkehrende Mehrkosten von CHF 305'000 nach sich zieht.

¹ Kanton St.Gallen, Lohntabelle 2024, abrufbar unter <https://www.sg.ch/bildung-sport/voelksschule/rahmenbedingungen/anstellung-lehrpersonen/lohn> (Stand 20. März 2024).

² Verordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung, vom 12. Dezember 1995, sGS 331.111, abrufbar unter https://www.gesetzessammlung.sg.ch/app/de/texts_of_law/331.111 (Stand 20. März 2024).

- Künftig beträgt die Zeitpauschale im Arbeitsfeld «Schule» für alle Lehrpersonen – unabhängig vom Beschäftigungsgrad – 30 Stunden pro Jahr. Dieser Effekt führt bei Pensen von weniger als 31.5 Stellenprozenten zu einer leichten Erhöhung des Beschäftigungsgrads. Über dieser Schwelle tritt der gegenteilige Effekt ein. Die beiden Effekte neutralisieren sich annähernd. Insgesamt wird ein jährlich wiederkehrender Minderaufwand von rund CHF 15'000 erwartet.
- Die Anwendung der Empfehlungen des SGV mit den künftig tieferen Lohn tabellenwerten wird kurzfristig zu einem Minderaufwand von CHF 100'000 pro Jahr führen. Mit dem sukzessiven Wegfall von Besitzstandsregelungen infolge Pensionierungen oder Austritten von Musiklehrpersonen wird sich der Minderaufwand langfristig auf einen Betrag von CHF 370'000 erhöhen (jährlich wiederkehrend).
- Schliesslich plant der Stadtrat, in eigener Kompetenz die Tarife anzupassen. Mit der Einführung von einkommensabhängigen Tarifen ist mit leicht höheren wiederkehrenden Tarifeinnahmen von CHF 50'000 pro Jahr (+3.5 %) zu rechnen.

Inhaltsverzeichnis

1 Berufsauftrag für Musiklehrpersonen	5
1.1 Berufsauftrag, Tätigkeitsfelder und Arbeitszeit von Lehrpersonen	5
1.2 Kantonale Grundlagen zum Berufsauftrag der Lehrpersonen	5
1.3 Umsetzung der Empfehlung des SGV zum Berufsauftrag der Musiklehrpersonen	7
1.4 Handlungsbedarf und Vorteile des Berufsauftrags gemäss Empfehlungen des SGV	7
1.5 Reglementarische Verankerung	9
2 Besoldung	9
2.1 Aktuelle Regelung	9
2.2 Empfehlung SGV	9
2.3 Künftige Regelung	10
2.3.1 Grundsatz	10
2.3.2 Bestehende Lehrpersonen bis Lohnklasse 14 (heutige Lohntabelle)	10
2.3.3 Bestehende Lehrpersonen über der Lohnklasse 14 (heutige Lohntabelle)	11
2.4 Zusammenfassung: Auswirkungen der Anpassungen von Berufsauftrag und Besoldung in der Übersicht	12
3 Vernehmlassung	13
3.1 Vernehmlassung und Stossrichtung der Rückmeldung	13
3.2 Kritikpunkte und Forderungen, die von Stadtrat nicht aufgenommen wurden	13
3.3 Stellungnahme des Pädagogischen Beirats	14
4 Tarife	14
4.1 Ausgangslage	14
4.2 Handlungsbedarf	14
4.3 Ausgestaltung des neuen Tarifsystems	15
5 Finanzielles	16
5.1 Berufsauftrag und Besoldung	16
5.2 Tarifmodell	17
5.3 Gesamteffekt	17
6 Umsetzung	18

1 Berufsauftrag für Musiklehrpersonen

1.1 Berufsauftrag, Tätigkeitsfelder und Arbeitszeit von Lehrpersonen

Die Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern beschränkt sich nicht auf den Unterricht beziehungsweise auf dessen Vor- und Nachbereitung. Sie umfasst beispielsweise auch Arbeiten zur Gestaltung und Weiterentwicklung des Teams und der Schule oder die Kommunikation mit Eltern. Einen Teil ihrer Arbeit erbringen Lehrpersonen vor Ort in der Schule, insbesondere den Unterricht. Ein anderer Teil Ihrer Arbeit wird ausserhalb der Schule erbracht, meist zu Hause. Das gilt in der Regel für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts. Im Gegensatz zu anderen Berufstätigen haben Lehrpersonen keine Pflicht zur Erfassung ihrer Arbeitszeit. Sie verfügen im Vergleich zu anderen Berufen über einen grossen individuellen Gestaltungsraum bezüglich des Zeitpunkts und des Orts ihrer Arbeitsleistung.

Für die Volksschullehrpersonen besteht ein kantonal geregelter Berufsauftrag. Dieser umfasst die Arbeitsfelder «Unterricht», «Schüler und Schülerinnen», «Schule» sowie «Lehrperson».³ Die im Anhang I des kantonalen Reglements über den Berufsauftrag der Volksschul-Lehrpersonen abgebildeten Aufgaben, die innerhalb der Arbeitsfelder zu leisten sind, illustrierten die Vielfältigkeit der beruflichen Tätigkeit von Lehrpersonen. Einen zunehmenden Anteil ihrer Arbeiten leisten sie in Kooperationen mit anderen Lehrpersonen, mit Fachleuten und mit weiteren Beteiligten.

Im Zentrum des Berufsauftrags steht das Arbeitsfeld «Unterricht». Dieses umfasst nebst der Unterrichtstätigkeit im engeren Sinn insbesondere auch die Vor- und Nachbereitung sowie die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen, mit der Schulleitung und mit Behörden. Das Arbeitsfeld «Schüler und Schülerinnen» beinhaltet die Beratung und Unterstützung der Lernenden sowie die Zusammenarbeit mit Eltern, mit Schulleitung und mit Dritten. Ein weiterer Bestandteil sind administrative Arbeiten. Zum Arbeitsfeld «Schule» gehört die gemeinsame pädagogische und organisatorisch-administrative Gestaltung der Schule und die schulinterne Weiterbildung. Das Arbeitsfeld «Lehrperson» schliesslich umfasst die individuelle Weiterbildung gemäss Absprache mit der Schulleitung sowie die Reflexion der eigenen Tätigkeiten, beispielsweise in der Form der kollegialen Hospitation. Der Berufsauftrag für Lehrpersonen steht im Bestreben, die personellen Ressourcen der Schulen gezielt einzusetzen, die vielfältigen Fähigkeiten im Team wirkungsvoll zu nutzen und den Schulbetrieb so zu gestalten, dass teamintern ein Ausgleich von Beanspruchungen und Aufgaben erfolgen kann.⁴

1.2 Kantonale Grundlagen zum Berufsauftrag der Lehrpersonen

Im August 2015 führte der Kanton St.Gallen einen Berufsauftrag für die Lehrpersonen der Volksschule ein⁵. In einer Handreichung hat das Amt für Volksschulen des Kantons St.Gallen den zeitlichen und inhaltlichen Umfang des Berufsauftrags im Sinne einer Orientierungshilfe konkretisiert.⁶

³ Art. 78ter Volksschulgesetz (VSG) vom 13. Januar 1983, sGS 213.1, abrufbar unter https://www.gesetzessammlung.sg.ch/app/de/texts_of_law/213.1 (Stand 20. März 2024).

⁴ Kanton St.Gallen, Bildungsdepartement, Amt für Volksschulen, «Berufsauftrag der Volksschul-Lehrpersonen; Handreichung», November 2020, abrufbar unter <https://www.sg.ch/content/sgch/bildung-sport/volksschule/rahmenbedingungen/anstellung-lehrpersonen.html> (Stand 20. März 2024)

⁵ Grundlagen bilden dazu der am 16. September 2014 vom Kantonsrat erlassenen XVI. Nachtrag zum Volksschulgesetz (abrufbar unter <https://www.ratsinfo.sg.ch/geschaefte/2041>, Stand 20. März 2024)

⁶ Kanton St.Gallen, Bildungsdepartement, Amt für Volksschulen, «Handreichung Berufsauftrag der Volksschul-Lehrpersonen», November 2020. Grundlagen sind das Gesetz über den Lohn der Volksschul-Lehrpersonen (sGS 213.51), die Verordnung zum Personalrecht der Volksschul-Lehrpersonen (sGS 213.14) und das vom Erziehungsrat erlassene Reglement über den

Die Musiklehrpersonen leisten ihre Arbeit in vergleichbaren Tätigkeitsfeldern wie die Volksschul-Lehrpersonen. Die Musikkommission des Verbands St.Galler Volksschulträger (SGV) hat am 1. August 2017 eine Grundlage mit der Bezeichnung «Vorläufige Empfehlungen Berufsauftrag Musikschul-Lehrpersonen»⁷ (nachfolgend Empfehlung SGV) erlassen, welche eine analoge Rechtsanwendung des Reglements über den Berufsauftrag der Volksschul-Lehrpersonen und damit die Einführung des Berufsauftrags für die Musikschulen vorsieht. Die Empfehlungen des SGV übernehmen im Grundsatz die Arbeitsfelder des Berufsauftrags der Volksschul-Lehrpersonen mit den jeweils dazugehörigen Aufgaben und Tätigkeiten. Soweit sich Musikschulen und Volksschulen in einzelnen Punkten unterscheiden, hat dies der SGV bei der Adaption berücksichtigt. Den vier Arbeitsfeldern des Berufsauftrags wird je ein bestimmter Prozent- und Stundenanteil des jährlichen Arbeitspensums zugeordnet.

Der Berufsauftrag gemäss Empfehlung des SGV sieht gleich wie der Berufsauftrag für die Volksschul-Lehrpersonen unter Berücksichtigung von Feiertagen, Ferien usw. eine Netto-Jahresarbeitszeit von 1'906 Stunden vor. Viele öffentliche Verwaltungen und Betriebe der Privatwirtschaft kennen eine vergleichbare Netto-Jahresarbeitszeit. Im Schulalltag verteilt sich die Arbeitszeit aber nicht regelmässig auf die Kalenderwochen. Während die effektive Wochenarbeitszeit teilweise über dem Durchschnittswert liegt, gibt es im Lauf eines Jahres auch Phasen mit unterdurchschnittlichen Wochenarbeitszeiten. Die Netto-Jahresarbeitszeit wird auf die vier Arbeitsfelder «Unterricht», «Schüler und Schülerinnen», «Schule» und «Lehrperson» verteilt. Jedem Arbeitsfeld wird pauschal eine Anzahl Arbeitsstunden pro Jahr zugeordnet. Die Lehrpersonen sind verantwortlich für das Zeitmanagement und die Verteilung ihrer effektiv erbrachten Arbeitsstunden auf die vier Arbeitsfelder. Lehrpersonen haben keine Pflicht zur Erfassung ihrer Arbeitszeit. Das bleibt auch mit Einführung des Berufsauftrags so.

Arbeitsfeld	Prozentanteil	Stundenanteil
Unterricht	88	1'678
Schüler und Schülerinnen	4	76
Schule	5	95
Lehrperson	3	57
Total	100	1'906

Tabelle 1: Empfehlung SGV zum Berufsauftrag von Musiklehrpersonen, Prozent- und Stundenanteil bei vollem Pensum (100 %)

Für den Umfang der Arbeitsstunden in den einzelnen Arbeitsfeldern werden Bandbreiten festgelegt. In begründeten Einzelfällen dienen diese der Flexibilisierung des individuellen Auftrags einer Lehrperson. Ein konkretes Beispiel: Wenn eine Musiklehrperson die Leitung eines Projekts oder die Koordination eines Fachbereichs (z.B. der Klavier-Lehrpersonen) übernimmt, kann die Schulleitung anordnen, dass im Umfang der betreffenden Anzahl Arbeitsstunden im Arbeitsfeld «Schule» eine entsprechende Aufrechnung erfolgt. Die prozentualen Anteile innerhalb der Bandbreiten werden im Anhang zum Arbeitsvertrag festgelegt. Gemäss den Empfehlungen des SGV sind zum Zwecke der Flexibilisierung Verschiebungen innerhalb der untenstehenden Bandbreiten möglich.

Berufsauftrag der Volksschul-Lehrpersonen. Die in dieser Fussnote genannten Grundlagen sind unter <https://www.sg.ch/bildung-sport/volksschule/rahmenbedingungen/anstellung-lehrpersonen> abrufbar (Stand 20. März 2024).

⁷ Verband St.Galler Volksschulträger (SGV), Musikkommission, «Vorläufige Empfehlungen Berufsauftrag Musikschul-Lehrpersonen», vom 1. August 2017, abrufbar unter <https://www.sgv-sg.ch/dokumente/> (Stand 20. März 2024)

Arbeitsfeld	Prozentanteil	Bandbreite
Unterricht	88	75 bis 92
Schüler und Schülerinnen	4	2 bis 17
Schule	5	2 bis 17
Lehrpersonen	3	2 bis 9

Tabelle 2: Empfehlung SGV zum Berufsauftrag von Musiklehrpersonen, Bandbreiten

Eine wichtige Grösse mit Blick auf den Personalbedarf einer Schule stellt die Unterrichtsverpflichtung dar. Sie definiert, wie viele Stunden ihrer Arbeitszeit eine Lehrperson dem Unterricht mit Schülerinnen und Schülern widmet. Bei einem Beschäftigungsgrad von 100 % beträgt die Unterrichtsverpflichtung der Musiklehrpersonen der Stadt St.Gallen heute 30 Lektionen Einzelunterricht à 60 Minuten pro Unterrichtswoche. Darüber hinaus ist heute nicht geklärt, wie viele Stunden in den drei weiteren Arbeitsfeldern «Schüler und Schülerinnen», «Schule» sowie «Lehrperson» vorgesehen und zu leisten sind.

1.3 Umsetzung der Empfehlung des SGV zum Berufsauftrag der Musiklehrpersonen

Gemäss einer im April 2023 durchgeführten Umfrage haben im Kanton St.Gallen die Musikschulen von Amden, Benken, Degersheim, Eschenbach, Gaiserwald, Goldach, Gommiswald, Kaltbrunn, Rapperswil, Schänis, Uznach, Waldkirch-Bernhardzell, Wesen und Wil den Berufsauftrag gemäss Empfehlung des SGV eingeführt.⁸ Die Musikschule der Stadt St.Gallen fehlt in der Auflistung. Diese Vorlage hat die Umsetzung der Empfehlung des SGV zum Berufsauftrag der Musiklehrpersonen für die Musikschule der Stadt St.Gallen zum Gegenstand.

1.4 Handlungsbedarf und Vorteile des Berufsauftrags gemäss Empfehlungen des SGV

Für die städtischen Musiklehrpersonen ist heute einzig der zeitliche Umfang für das Arbeitsfeld «Unterricht» definiert. Darüber hinaus ist nicht geklärt, wie viele Stunden in den drei weiteren Arbeitsfeldern «Schüler und Schülerinnen», «Schule» sowie «Lehrperson» vorgesehen und zu leisten sind. Damit verbunden ist insbesondere für Musiklehrpersonen mit einem tiefen Beschäftigungsgrad die Frage, wie viele Arbeitsstunden sie für das Arbeitsfeld «Schule» einsetzen müssen. Konkret besteht beispielsweise eine Unsicherheit, ob alle Lehrpersonen den Konvent, Team- oder Fachschaftssitzungen oder Schulentwicklungs-Workshops ganz oder teilweise besuchen müssen oder nicht. Diesbezüglich besteht ein Klärungsbedarf. Es soll für alle Lehrpersonen ein klarer Auftrag definiert werden, welcher mit einem Zeitbudget verbunden wird.

Die Empfehlung des SGV zum Berufsauftrag bildet die Aufgaben und Tätigkeiten der Lehrpersonen einer Musikschule in zeitgemässer Form ab. Er ermöglicht im Bedarfsfall, für einzelne Lehrpersonen flexible und individuell zugeschnittene Anstellungsverhältnisse vorzusehen.

Schulentwicklung bezeichnet die systematische und zielgerichtete Ausrichtung und Weiterentwicklung einer Schule. In den letzten Jahren hat dies an Musikschulen kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Das Ziel liegt darin, die Qualität zu steigern, insbesondere mit Blick auf den Unterricht. Im Sinne von konkreten Beispielen können Weiterbildungen der gesamten Schule oder der Fachschaften, Grossgruppenworkshops zur Schul- und Unterrichtsentwicklung oder der partizipative Einbezug der Lehrpersonen und Partizipation bei Neuerungen (z.B. in die Erarbeitung eines Schutzkonzepts zur Prävention von Grenzverletzungen) genannt werden. Weiter sind Musiklehrpersonen verpflichtet, an

⁸ Die Aufzählung ist möglicherweise unvollständig, da einzelne Musikschulen keine Rückmeldungen auf die Anfrage der Stadt St.Gallen erteilt haben.

öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie dem Tag der offenen Tür mitzuwirken. Die Entwicklung der letzten Jahre hat dazu geführt, dass heute in den Arbeitsfeldern ausserhalb des Unterrichts oft zu wenig Zeit zur Verfügung steht. Mit der Umsetzung der Empfehlung des SGV kann diese Herausforderung bewältigt werden. Mit der Einführung des Berufsauftrags gemäss der Empfehlung des SGV soll die jährliche Arbeitszeit im Bereich «Unterricht» um 120 Stunden reduziert werden (-6.7%). Diese Zeit steht neu in den anderen drei Arbeitsfeldern «Schüler und Schülerinnen», «Schule» und «Lehrperson» zur Verfügung.

	Aktuelle Situation Musikschule Stadt St.Gallen		Empfehlungen SGV für Musikschulen im Kanton St.Gallen	
Arbeitsfelder der Lehrpersonen	Stunden pro Jahr	Anteil in %	Stunden pro Jahr	Anteil in %
Unterricht	1'797	94 %	1'677.3	88 %
Schüler und Schülerinnen	109, Verteilung nicht definiert	nicht definiert	76.2	4 %
Schule		nicht definiert	95.3	5 %
Lehrperson		nicht definiert	57.2	3 %
Total	1'906	100 %	1'906	100 %

Tabelle 3: Vergleich der Verteilung der Arbeitsstunden auf die Arbeitsfelder

Ein Vorteil der Einführung des Berufsauftrags liegt darin, dass auch für die Musiklehrpersonen ein Auftrag und eine bestimmte Arbeitszeit im Arbeitsfeld Schule definiert werden. Bei vollem Pensum (100 Stellenprozente) sind es gemäss der Empfehlung des SGV rein rechnerisch 95 Stunden pro Jahr. Nun ist es aber so, dass im Laufe eines Schuljahres etwa 30 Stunden Arbeitszeit anfallen. Dieser Zeitaufwand fällt für alle Musiklehrpersonen unabhängig vom konkreten Anstellungspensum an. Meist handelt es sich um Sitzungen (Konvente, Team- oder Fachschaftssitzungen oder Schulentwicklungs-Workshops usw.), die für alle Musiklehrpersonen gleich lange dauern. Daher ist geplant, dass mit der Umsetzung des Berufsauftrags künftig allen Musiklehrpersonen für das Arbeitsfeld «Schule» ein fixes Zeitbudget von 30 Stunden zugesprochen wird. Damit wird geklärt, dass die Schulentwicklung eine Aufgabe aller Lehrpersonen der Musikschule ist. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass allen genügend Zeit für diese Aufgabe zur Verfügung steht. Die Bemessung der Pauschale von 30 Stunden pro Jahr im Arbeitsfeld «Schule» führt für Musiklehrpersonen mit einem Pensum von weniger als 31.5 Stellenprozente zu einer leichten Erhöhung des Beschäftigungsgrads, weil im Arbeitsfeld «Schule» zusätzliche Stunden eingeräumt werden.⁹ Für Musiklehrpersonen mit einem Pensum über diesem Schwellenwert kommt der gegenteilige Effekt zum Tragen. Ihnen wird die Zahl der Stunden im Arbeitsfeld «Schule» auf 30 Stunden reduziert, was den Beschäftigungsgrad verringert.¹⁰

Die Empfehlung des SGV sieht vor, das volle Pensum (100 %) einer Musiklehrperson von derzeit 30 Lektionen, analog der Volksschule, auf 28 Lektionen zu reduzieren. Gemäss Empfehlung des SGV

⁹ Ein Beispiel: Eine Musiklehrperson unterrichtet pro Unterrichtswoche drei Lektionen (à 60 Minuten). Das entspricht einem Beschäftigungsgrad von 10.7 % (204 Stunden pro Jahr). Im Arbeitsfeld «Schule» stehen 5 % der Arbeitszeit zur Verfügung (10.2 Stunden). Angesichts der Pauschalen von 30 Stunden werden zusätzlich 19.8 Stunden pro Jahr gutgeschrieben, was den Beschäftigungsgrad leicht auf neu 11.8 % erhöht (224 Stunden pro Jahr). Dementsprechend erhöht sich die Besoldung.

¹⁰ Ein Beispiel: Eine Musiklehrperson unterrichtet pro Unterrichtswoche 25 Lektionen (à 60 Minuten). Das entspricht einem Beschäftigungsgrad von 89.3 % (1'702 Stunden pro Jahr). Im Arbeitsfeld «Schule» stehen 5 % der Arbeitszeit zur Verfügung (85 Stunden). Angesichts der Pauschalen von 30 Stunden, wird die Jahresarbeitszeit um 55 Stunden reduziert, was das Arbeitspensum leicht verringert (86.4 % oder 1'647 Stunden pro Jahr). Dementsprechend verringert sich ihre Besoldung.

dauert eine Lektion im Musik-Einzelunterricht 60 Minuten¹¹ und nicht 50 Minuten wie in der Volksschule. Die etwas längere Lektionendauer der Musiklehrpersonen hat zur Folge, dass für die Vor- und Nachbereitung weniger Zeit zur Verfügung steht als in der Volksschule¹². Das ist sachgerecht, denn die mit dem Unterricht zusammenhängenden weiteren Tätigkeiten (Vorbereitung, Durchführung des Unterrichts, Nachbereitung usw.) gestalten sich beim Musik-Einzelunterricht anders als beim Unterricht in der Volksschule. Bezüglich der Ensembles steht für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts schon heute etwas mehr Zeit zur Verfügung als für den Musik-Einzelunterricht. Mit der Umsetzung des Berufsauftrags kommt es im Bereich des Ensembleunterrichts zu keinen wesentlichen inhaltlichen Änderungen noch zu finanziellen Effekten.

Mit der Einführung des Berufsauftrags gemäss den Empfehlungen des SGV kann eine Klärung herbeigeführt werden. Damit wird für alle Beteiligten in transparenter Weise festgelegt, welche Aufgaben den Musiklehrpersonen übertragen sind und welches Zeitbudget ihnen zur Verfügung steht.

1.5 Reglementarische Verankerung

Zur Verankerung der Adaptierung des Berufsauftrags der Volksschullehrpersonen auf die städtischen Musiklehrpersonen muss das Reglement der städtischen Schulen (Schulordnung, SRS 211.1) ergänzt werden. In einem neuen Absatz 3 in Artikel 13 der Schulordnung wird geklärt, dass die Bestimmungen der kantonalen Volksschulgesetzgebung sachgemäss auf die Anstellungsbedingungen der Musiklehrpersonen angewendet werden, soweit die Schulordnung oder deren Ausführungserlasse nichts anderes regeln. Diese Regelung bildet die Grundlage für die Einführung des Berufsauftrags einerseits und die Anpassung der Besoldung andererseits.

2 Besoldung

2.1 Aktuelle Regelung

Gleichzeitig mit der Umsetzung der Berufsauftragsempfehlung des SGV soll eine Bereinigung bei der Besoldung durchgeführt werden. Die derzeitige Besoldung der städtischen Musiklehrpersonen basiert auf einer langjährigen Praxis. Seit der Gründung der damaligen Jugendmusikschule der Stadt St.Gallen im Jahr 1978 werden Instrumentallehrpersonen mit einem Abschluss auf Stufe Konservatorium wie Oberstufenlehrpersonen besoldet¹³.

2.2 Empfehlung SGV

Die Praxis der städtischen Musikschule entspricht nicht der Empfehlung des SGV, welche für die Musiklehrpersonen mit Musikdiplom eine Einreihung empfiehlt, wie sie für EDK-anerkannte Heilpädagoginnen bzw. Heilpädagogen, für Logopädinnen bzw. Logopäden sowie für Lehrpersonen für Rhythmik

¹¹ Dabei handelt es sich um eine rechnerische Grösse. Für die Kinder und Jugendlichen dauert die Musiklektion 30, 40 oder 50 Minuten, mit entsprechend unterschiedlichen Tarifen.

¹² Für das Arbeitsfeld «Unterricht» stehen im vollen Pensum 88 % der Arbeitszeit oder 1'677 Stunden pro Jahr zur Verfügung. Davon entfallen bei einer Lektionendauer von 50 Minuten in Ensembles 910 Stunden auf die Arbeit mit den Kindern oder Jugendlichen und beim Einzelunterricht 1'092 Stunden. Im Einzelunterricht arbeitet die Lehrperson somit 182 Stunden pro Jahr länger mit Kindern oder Jugendlichen im Unterrichtssetting als bei Ensembles. Dementsprechend steht beim Einzelunterricht weniger Zeit für die Vor- und Nachbereitung zur Verfügung als beim Ensembleunterricht. Diese Unterscheidung ist sachlich gerechtfertigt, weil die Vor- und Nachbereitung von Einzelunterricht weniger aufwändig ist als von Ensembleunterricht.

¹³ Verband St.Galler Volksschulträger (SGV), Lohntabelle 2024, S. 3, abrufbar unter <https://www.sg.ch/bildung-sport/volksschule/rahmenbedingungen/anstellung-lehrpersonen/lohn> (Stand 20. März 2024).

und Fachpersonen für Psychomotorik ohne Lehrdiplom für Regelklassen und Kindergarten gilt¹⁴. Für Einzelheiten wird auf die Beilage 2 verwiesen.

2.3 Künftige Regelung

2.3.1 Grundsatz

Wenn für die Musiklehrpersonen auf der einen Seite der Berufsauftrag gemäss der Empfehlung des SGV eingeführt wird, ist es auf der anderen Seite sachgemäss, auch bezüglich der Besoldung die Empfehlung des SGV anzuwenden. Das führt dazu, dass Musiklehrpersonen mit einem Abschluss «Master Musikpädagogik» künftig tiefer besoldet werden.

Neu angestellte Lehrpersonen werden nach Massgabe ihrer Ausbildung und ihrer beruflichen Erfahrung im Zeitpunkt des Eintritts im Sinne der Empfehlung des SGV als «Musiklehrperson mit Musik-Diplom»¹⁵ eingereiht. Beim bestehenden Personal hat die neue Besoldungsregelung unterschiedliche Folgen, wie in den nachfolgenden Kapiteln dargelegt wird. Ein Teil der bestehenden Lehrpersonen wird neu in die Besoldungstabelle gemäss Empfehlung des SGV eingereiht. Bei den anderen Musiklehrpersonen wird der Lohn im Sinne der Besitzstandswahrung eingefroren.

2.3.2 Bestehende Lehrpersonen bis Lohnklasse 14 (heutige Lohntabelle)

In der Beilage 2 sind die Besoldungswerte der bisherigen sowie der künftigen Besoldung aufgeführt. Lehrperson, die tiefer eingestuft sind als die Oberstufen-Lohnklasse 15 und damit unter dem Maximum der aktuellen SGV-Empfehlung von CHF 133'249.35 liegen, werden früher oder später in die neue Lohntabelle überführt. Es gilt der Grundsatz, dass es dabei zu keinen Lohneinbussen kommen darf. Das bedeutet, dass die aktuelle Einstufung im Sinne eines Besitzstandes so lange belassen wird, bis die entsprechende Besoldung gemäss der neuen Lohntabelle (Empfehlung SGV, «Musiklehrperson mit Musik-Diplom») besser ist. Allfällige von der Regierung beschlossene generelle Lohnerhöhungen¹⁶ werden während der Zeit der Besitzstandswahrung berücksichtigt.

Beispiel Lehrperson mit befristeter Besitzstandswahrung

Exemplarisch veranschaulicht das folgende Beispiel die Situation einer Lehrperson, welche aktuell 12 Lektionen (à 60 Minuten) pro Woche erteilt, was einem Beschäftigungsgrad von 40 % entspricht. Die Musiklehrperson ist in die Besoldungstabelle der Oberstufenlehrperson (Lohnklasse 7) eingereiht. Die Einstufung dieser Lehrperson wird im Sinne einer Besitzstandswahrung beibehalten, bis aufgrund der erreichten Dienstjahre eine Einreihung in die neue Lohntabelle gemäss Empfehlung des SGV ohne finanzielle Einbusse möglich ist. Generelle Lohnerhöhungen werden in der Zeit der Besitzstandswahrung vollzogen. Im Jahr 2030 ist die Besoldung nach der neuen Lohntabelle (Empfehlung SGV, «Musiklehrpersonen mit Musik-Diplom») erstmals leicht über dem eingefrorenen Wert der altrechtlichen Besoldungstabelle. Daher wird die Lehrperson per 2030 in die Stufe 13 der neuen Tabelle (Empfehlung SGV, «Musiklehrpersonen mit Musik-Diplom») eingereiht. Sofern die Voraussetzungen erfüllt werden, erreicht die Lehrperson im Jahr 2042 das Maximum der neuen Lohntabelle (CHF 133'249.35). Dieses Maximum liegt tiefer als das altrechtliche Lohnmaximum (CHF 142'293.15; minus 6.4 Prozent). Zu beachten ist, dass aufgrund der Einführung des Berufsauftrages trotz unveränderter Anzahl Jahreswochenstunden der Beschäftigungsumfang erhöht wird. Die Unterrichtsverpflichtung beträgt heute im Bereich des Einzelunterrichts bei vollem Pensum (100 Stellenprozente) 30

¹⁴ Verband St.Galler Volksschulträger (SGV), Lohntabelle 2024, S. 2, gleiche URL wie Fussnote 13.

¹⁵ Verband St.Galler Volksschulträger (SGV), Lohntabelle 2024, S. 3, gleiche URL wie Fussnote 13.

¹⁶ Insb. bei prozentualer Erhöhung der Lohntabellenwerte im Sinne eines Teuerungsausgleichs.

Lektionen à 60 Minuten pro Unterrichtswoche. Mit der Umstellung auf den neuen Berufsauftrag wird sie auf 28 Lektionen à 60 Minuten gesenkt. Für Lehrpersonen im Teilpensum bedeutet dies eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades. Im hier aufgeführten Beispiel erhöht sich der Beschäftigungsgrad von 40 Stellenprozenten mit der Einführung des Berufsauftrags auf 42.28 Stellenprozente (+5.7 %). Dementsprechend erhöht sich die Besoldung auch während der Besitzstandswahrung um CHF 203.05 pro Monat.

Jahr	BISHER Lohntabelle Lehrpersonen Oberstufe				Einführung Berufsauftrag - Besitzstand Besitzstandswahrung, die Lohntabelle Lehrpersonen Oberstufe wird bis 2030 angewendet			
	Beschäftigungs- grad	Stufe	Jahreslohn 100 %	Monatslohn	Beschäfti- gungsgrad	Stufe	Jahreslohn 100 %	Monats- lohn
2024	40.00 %	7	115'763.90	3'561.95	42.28 %	7	115'763.90	3'765.00
2025	Temporäre Besitzstandswahrung				42.28%	7	115'763.90	3'765.00
2026					42.28 %	7	115'763.90	3'765.00
2027					42.28 %	7	115'763.90	3'765.00
2028					42.28 %	7	115'763.90	3'765.00
2029					42.28 %	7	115'763.90	3'765.00
					Berufsauftrag – neue Lohntabelle «Musiklehrpersonen mit Musik-Diplom»			
2030					42.28 %	13	116'367.45	3'784.60
2031					42.28 %	14	119'382.00	3'882.65
2032					42.28 %	15	122'396.55	3'980.70
Folge- jahre					Die weitere Besoldung in den Folgejahren gemäss der Lohntabelle des SGV für Musiklehrpersonen mit Musik-Diplom wird hier nicht abgebildet.			

Tabelle 4: Beispiel Lohnentwicklung Lehrperson Lohnstufe 7

2.3.3 Bestehende Lehrpersonen über der Lohnklasse 14 (heutige Lohntabelle)

Lehrpersonen, die schon heute in die Oberstufen-Lohnklasse 15 und höher eingereiht sind, lassen sich nicht mehr in die neue Lohntabelle (Empfehlung SGV) einreihen, weil ihr Jahreslohn bereits über deren Maximum liegt. Eine Einreihung in die vom SGV empfohlene Lohntabelle für «Musiklehrpersonen mit Musik-Diplom» wäre nur verbunden mit einer Lohneinbusse möglich. Das soll aber verhindert werden. Deshalb wird ihr aktueller Lohn im Sinne einer Besitzstandswahrung bis zur Pensionierung resp. bis zum Austritt eingefroren. Die vom Kanton festgelegten generellen Lohnerhöhungen werden auf dem Besitzstand gewährt.

Da mit der Einführung des Berufsauftrags die Unterrichtsverpflichtung beim vollen Pensum (100 Stellenprozente) von 30 Lektionen auf 28 Lektionen pro Unterrichtswoche gesenkt wird, steigt bei Lehrpersonen mit Teilzeitpensum der Beschäftigungsgrad. Das bedeutet, dass Lehrpersonen mit einem Teilzeitpensum trotz der eingefrorenen Besoldung einen leicht höheren Monatslohn erhalten.

Beispiel Lehrperson mit unbefristeter Besitzstandswahrung

Exemplarisch veranschaulicht das folgende Beispiel die Situation einer Lehrperson, welche aktuell in einem Beschäftigungsgrad von 10 Lektionen (à 60 Minuten) pro Woche 33.33 % arbeitet, als Oberstufenlehrperson eingereiht und auf Stufe 15 eingestuft ist.

BISHER Lohntabelle Lehrpersonen Oberstufe				Einführung Berufsauftrag – Besitzstand Besitzstandswahrung, die Lohntabelle Lehrpersonen Oberstufe wird weiterhin angewendet			
Beschäftigungsgrad	Stufe	Jahreslohn 100 %	Monatslohn	Beschäftigungsgrad	Stufe	Jahreslohn 100 %	Monatslohn
33.33 %	OS 15	135'901.80	3'484.30	35.50 %	OS 15	135'901.80	3'711.15

Tabelle 5: Beispiel Lohnentwicklung Lehrperson Lohnstufe 15

Diese Einstufung wird bis zum Austritt eingefroren. Der Monatslohn ist mit der neuen Lohntabelle etwas höher, weil sich der Beschäftigungsgrad mit der Einführung des neuen Berufsauftrags leicht erhöht.

2.4 Zusammenfassung: Auswirkungen der Anpassungen von Berufsauftrag und Besoldung in der Übersicht

Die Auswirkungen, welche die Umsetzung der Empfehlung des SGV auf das Anstellungsverhältnis der Lehrpersonen hat, werden nachfolgend zusammengefasst:

- Für Lehrpersonen mit vollem Pensum reduziert sich die Unterrichtsverpflichtung von heute 30 Lektionen pro Unterrichtswoche auf neu 28 Lektionen. Entsprechend umgerechnet gilt das Gleiche auch für Lehrpersonen mit Teilzeitpensum. Für sie führt die Reduktion der Unterrichtsverpflichtung aber auch zu einer leichten Erhöhung des Beschäftigungsgrads und dementsprechend auch zu einer höheren Besoldung.
- Die Reduktion der Unterrichtsverpflichtung im Einzelunterricht von heute 30 Lektionen pro Unterrichtswoche auf neu 28 Lektionen im vollen Pensum (100 Stellenprozente) führt dazu, dass den Musiklehrpersonen – unabhängig vom Beschäftigungsgrad – mehr Zeit für die Arbeitsfelder «Schüler und Schülerinnen», und «Lehrpersonen» zur Verfügung steht. Im Arbeitsfeld «Schule» steht allen Lehrpersonen unabhängig vom Beschäftigungsgrad die gleiche jährliche Stundenzahl (30 Stunden) zur Verfügung. Das entspricht dem Handlungsbedarf.
- Bestehende Lehrpersonen werden dann in die neue Lohntabelle gemäss der Empfehlung des SGV eingereiht, sobald der Besoldungsansatz der neuen Lohntabelle höher liegt als derjenige der aktuellen Lohntabelle. Solange dies nicht der Fall ist, gilt eine Besitzstandswahrung. Der vom Kanton festgelegte Teuerungsausgleich (generelle Lohnmassnahmen) wird gewährt.
- Für die städtischen Musiklehrpersonen ist heute einzig der zeitliche Umfang für den Unterricht mit ihren Schülerinnen und Schülern definiert. Darüber hinaus ist nicht geklärt, wie viele Stunden für die Vor- und Nachbereitung sowie für die drei weiteren Arbeitsfelder «Schüler und Schülerinnen», «Schule» sowie «Lehrperson» vorgesehen und zu leisten sind. Die Umsetzung der Empfehlung des SGV führt zu einer Klärung. Damit wird definiert, welche Zeitgefässe für die einzelnen Arbeitsfelder zur Verfügung stehen. Am vordringlichsten ist diese Klärung für das Arbeitsfeld «Schule» (z.B. für Konvente, Fachschaftssitzungen oder Schulentwicklungs-Workshops). Hier wird für alle Lehrpersonen – unabhängig von Beschäftigungsgrad – eine Pauschale von 30 Stunden pro Jahr eingeführt.

3 Vernehmlassung

3.1 Vernehmlassung und Stossrichtung der Rückmeldung

Zur Einführung des Berufsauftrags wie auch zur Anpassung der Grundlagen der Besoldung der Musiklehrpersonen wurde eine Vernehmlassung durchgeführt. Nicht Teil der Vernehmlassung war die geplante Anpassung der Tarife. Zur Stellungnahme eingeladen wurden die folgenden Verbände und Organisationen:

- Verband des Personals im öffentlichen Dienst (VPOD)
- Verband Lehrpersonen Sektion St.Gallen (VLSG)
- Kantonaler Lehrerinnen- und Lehrerverband (KLV)
- Kantonaler Musiklehrpersonenverband (KMLV)
- Schweiz. Musikpädagogischer Verband - Sektion Ostsüdost-Schweiz (SMPV OSO)
- Verband St.Galler Volksschulträger (SGV)

Die zur Vernehmlassung eingeladenen Verbände stehen im Ergebnis einer Übernahme der Empfehlungen des SGV grundsätzlich positiv gegenüber. So wird das Vorgehen zusammenfassend als nachvollziehbar und in der Summe als fair beurteilt. Begrüsst wurde insbesondere die Einführung des Berufsauftrags und die damit verbundene Klärung sowie die Möglichkeit zur Flexibilisierung in den vier Arbeitsfeldern. Es wurde mitgeteilt, dass ein grosser Teil der Musiklehrpersonen in Teilpensen und oftmals an mehreren Musikschulen tätig sei. Daher müsse es möglich sein, für die verschiedenen Tätigkeitsfelder individuelle Lösungen zu finden.

Die Anpassung der Besoldungsgrundlagen wird von den Verbänden grundsätzlich positiv beurteilt. Der SGV erachtet diesen Lösungsweg als fair und sozialverträglich, zumal dieser keine eigentlichen Lohnkürzungen zur Folge hat. Auch für die Verbände SMPV, OSO und KLMV sind die Anpassungen nachvollziehbar. Sie weisen aber darauf hin, dass die Neuregelung der Besoldung für einen Teil der Lehrpersonen mit einer Lohnstagnation verbunden sei. Die Verbände begrüssen die sozialverträgliche Umsetzung, welche eine Besitzstandswahrung vorsieht. Ferner wird die Kombination von Einführung des Berufsauftrags und Anpassung der Besoldungsgrundlagen begrüsst, da dies durch die Reduktion der Unterrichtsverpflichtung von 30 auf 28 Lektionen pro Unterrichtswoche bei Teilzeitangestellten mit einer indirekten Lohnverbesserung verbunden ist.

Betont wurde mehrfach, dass auch bei Besitzstandswahrung ein Teuerungsausgleich und Treueprämien gewährleistet werden sollen. Diese Forderung wird erfüllt. Soweit der Kanton generelle Lohnmassnahmen beschliesst, werden die Besitzstandslöhne entsprechend angepasst.

3.2 Kritikpunkte und Forderungen, die vom Stadtrat nicht aufgenommen wurden

Zu den folgenden Punkten und Themen wurden Inputs oder Forderungen eingebracht, die nicht umgesetzt werden sollen. Es wird jeweils eine Beurteilung und Begründung angegeben.

- Ein Teil der Verbände sprach die Dauer einer Musiklektion an. Der SGV empfiehlt, dass im Einzelunterricht die Dauer einer Musiklektion 60 Minuten beträgt. Demgegenüber dauert eine Lektion in der Volksschule 50 Minuten. Das bedeutet, dass einer Musiklehrperson für die Vor- und Nachbereitungszeit einer Lektion im Einzelunterricht weniger Zeit zur Verfügung steht als einer Volksschullehrperson. Ein Teil der Verbände forderte, dass auch für die Musikschulen die Lektion 50 Minuten dauern soll.

Beurteilung und Begründung des Stadtrats: In dieser Frage soll nicht von der Empfehlung des SGV

abgewichen werden. Nach der Erfahrung aus der Praxis ist die im Vergleich zu Volksschul-Lehrpersonen kürzere Vor- und Nachbereitungszeit pro Lektion sachgerecht und vertretbar.

- Das Arbeitsfeld «Lehrpersonen» ist nach Meinung zweier Verbände mit einem Anteil von drei Prozent zu knapp bemessen. Dieses Arbeitsfeld beinhaltet sowohl die individuelle Weiterbildung als auch die Überprüfung der eigenen Tätigkeit und Selbstreflexion.
Beurteilung und Begründung des Stadtrats: Ein Teil der angesprochenen Tätigkeiten wird an der Musikschule St.Gallen im Arbeitsfeld «Schulen» abgedeckt. Das gilt insbesondere für einen Teil der Selbstreflexion und der Weiterbildung. So finden beispielsweise Weiterbildung im Rahmen des Plenums oder der Fachschaft statt. In den Empfehlungen des SGV erweisen sich die im Arbeitsfeld «Lehrpersonen» zur Verfügung gestellten Zeitgefässe als zweckmässig.
- Es wurde darauf hingewiesen, dass der Arbeitsanfall für die Elternarbeit bzw. für Elterngespräche im Arbeitsfeld «Schülerinnen und Schüler» sehr unterschiedlich ist. Der Verband SMPV OSO wendet ein, dass entsprechende Aufwände effektiv höher sind, als gemäss SGV empfohlen wird.
Beurteilung und Begründung des Stadtrats: Es trifft zu, dass die Aufwendungen unterschiedlich sind und je nach Situation variieren können. Die Zeitaufwendungen der Lehrpersonen für die verschiedenen Tätigkeiten ihres Berufsauftrags sind nicht identisch. Der Stadtrat erachtet die für die Elternarbeit gerechneten Aufwendungen aufgrund der Praxiserfahrungen als gerechtfertigt und möchte auch in diesem Bereich nicht von den SGV-Empfehlungen abweichen.

3.3 Stellungnahme des Pädagogischen Beirats

Der Pädagogische Beirat hat sich mit dieser Vorlage befasst. Seine Stellungnahme ist in der Beilage 3 abgebildet. Aufgrund der zustimmenden Grundhaltung ergibt sich aus Sicht des Stadtrats kein Handlungsbedarf bezüglich dieser Vorlage.

4 Tarife

4.1 Ausgangslage

Grundlage für die Gebühren der Musikschule bildet der Gebührentarif für den Besuch der städtischen Volksschule und der Musikschule¹⁷.

4.2 Handlungsbedarf

Die finanzielle Lage der Stadt ist seit einigen Jahren angespannt. Bei der Erstellung des Budgets 2021 wurden Anstrengungen sämtlicher Direktionen und Dienststellen zur Verbesserung der finanziellen Lage notwendig. Auch die Musikschule prüfte auftragsgemäss ihre Möglichkeiten. Ihr Handlungsspielraum war und ist gering. Es wurde eine Erhöhung der Musikschulgebühren um fünf Prozent für Kinder, Jugendliche und Erwachsene auf Beginn des Schuljahres 2021/22 ins Auge gefasst sowie die Streichung des Geschwisterrabatts.

In der Folge wurde am 23. März 2021 die Interpellation «Keine Erhöhung der Musikschultarife auf Kosten der Familien» eingereicht und als dringlich erklärt. Der Stadtrat zeigte in seiner Antwort¹⁸ auf,

¹⁷ Gebührentarif für den Besuch der städtischen Volksschule und der Musikschule vom 18.02.2021, SRS 211.511, abrufbar unter https://st.gallen.tlex.ch/app/de/texts_of_law/211.51 (Stand 20. März 2024).

¹⁸ Vorlage Nr. 439 vom 27. April 2021, abrufbar unter <https://ftp-sg.oca.ch/stadtparlament/28d8392bf9934cc8b18791b0257f3ba7-332.pdf>, Stand 13. März 2024

dass die Gebühren der Stadt St.Gallen auch mit der Erhöhung um fünf Prozent im Rahmen der Gebührenhöhe von anderen Musikschulen liegen. Zwar erhebt ein Teil der kleineren Musikschulen tiefere Gebühren. Anders präsentiert sich aber der Vergleich mit den Musikschulen von grösseren Städten. Nur zwei der sechs grösseren Ostschweizer Musikschulen erheben tiefere Gebühren als die Stadt St.Gallen. Im Vergleich zu den Musikschulen der drei ähnlich grossen Deutschschweizer Städte hat die Musikschule der Stadt St.Gallen die tiefsten Gebühren.

Im Ergebnis erklärte sich der Stadtrat bereit, die in Aussicht gestellte Gebührenerhöhung verbunden mit der Streichung des Geschwisterrabatts nicht umzusetzen. Gleichzeitig kündigte er an, anstelle des Geschwisterrabatts die Einführung von einkommensabhängigen Gebühren in einer für die Musikschule zweckmässigen Form zu prüfen. Mit dieser Vorlage wird diese Ankündigung umgesetzt.

Die finanzielle Lage der Stadt ist auch heute noch angespannt. Vor dieser Ausgangslage ist es richtig, die zunächst kostensteigernde Umsetzung des Berufsauftrags mit kostensenkenden Massnahmen zu verbinden.

4.3 Ausgestaltung des neuen Tarifsystems

Die Gebührenanpassung, die im Jahr 2021 ins Auge gefasst worden war, hätte bei einer Umsetzung alle Eltern im gleichen Ausmass finanziell belastet. Im Gegensatz dazu sieht der hier präsentierte Vorschlag einkommensabhängige Tarife vor.

Im Rahmen der Erarbeitung wurden statistische Daten aus dem Jahr 2020 bzgl. der Einkommensverteilung von Familien in der Stadt St.Gallen beigezogen. Dies erlaubte es, die finanziellen Effekte des neuen Tarifsystems hochzurechnen. Es wurden verschiedene Varianten geprüft. Angestrebt wird ein zeitgemässes und ausgewogenes Tarifmodell, welches die finanzielle Situation der Stadt St. Gallen sowie die Situation der einzelnen Zielgruppen berücksichtigt und die Frage der Chancengerechtigkeit in den Fokus nimmt. Im Ergebnis zeigte sich das nachfolgend beschriebene Modell als das zweckmässigste. Der Stadtrat plant, die neuen Gebühren auf Beginn des Schuljahres 2025/26 umzusetzen.

Geplant ist die Einführung eines einkommensabhängigen linearen Systems. Bemessen werden die Tarife – gleich wie im Bereich der Betreuung (städtische Tagesbetreuung und Kindertagesstätten) – am sogenannten massgebenden Einkommen resp. am steuerbaren Vermögen nach Art. 12 der Verordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung¹⁹. Damit stützen sich die verschiedenen einkommensabhängigen Tarifmodelle in der Stadt St.Gallen auf dieselben Grundlagen.

Gleich wie bei den Tarifmodellen der Tagesbetreuung und Kindertagesstätten wird das Einkommensminimum bei CHF 32'000 und das Einkommensmaximum bei CHF 95'000 festgelegt. Dies bedeutet, dass Familien, welche CHF 32'000 und weniger Einkommen erzielen, einen Minimaltarif bezahlen. Familien mit einem massgebenden Einkommen von CHF 95'000 und mehr bezahlen den Maximaltarif. Dazwischen wird der Tarif je nach Einkommen linear festgelegt. Der Minimaltarif für 30 Minuten Instrumentalunterricht pro Woche beträgt CHF 500 pro Jahr und der Maximaltarif beläuft sich auf CHF 1'050 pro Jahr. Demgegenüber steht der heutige Tarif von CHF 920 pro Jahr für 30 Minuten Instrumentalunterricht pro Woche (unabhängig vom Einkommen). Mit der Einführung des neuen Tarifmodells wird

¹⁹ Verordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 12. Dezember 1995, sGS 331.111, abrufbar unter https://www.gesetzessammlung.sg.ch/app/de/texts_of_law/331.111 (Stand 20. März 2024).

auch der Geschwisterrabatt aufgehoben – dies ebenfalls in Anlehnung an die Tarifsysteme der Betreuung (Tagesbetreuung und Kindertagesstätten).

Die Tarifierung hat zur Folge, dass finanziell schlecht gestellte Familien gegenüber heute einen reduzierten Tarif bezahlen. Dies betrifft rund einen Drittel der Familien, deren Kinder den Instrumentalunterricht besuchen. Der Maximaltarif bei einem massgebenden Einkommen von CHF 95'000 und mehr wird für den Besuch des Instrumentalunterrichts erhöht, maximal um 14 Prozent. Familien mit tiefem Einkommen hingegen bezahlen im Vergleich zu heute weniger. So sinkt der Minimaltarif für die untersten Einkommen (CHF 32'000) um rund 46 Prozent.

Im Gegenzug soll der heute geltende Geschwisterrabatt aufgehoben werden. Abgesehen vom Gebührentarif der Musikschule sehen die anderen städtischen Gebührentarife keinen Geschwisterrabatt mehr vor. Das gilt namentlich auch für die städtische Tagesbetreuung und die Tarife der Kindertagesstätten. Durch die grundsätzliche Reduktion des Tarifes für tiefere Einkommen wird je nach Höhe des massgebenden Einkommens einer Familie die Aufhebung des Geschwisterrabatts ausgeglichen. Für die tiefsten Einkommen gilt, dass Familien mit mehreren Kindern in der Musikschule trotz Aufhebung des Geschwisterrabatts künftig weniger bezahlen werden als heute. Das gilt je nach Anzahl Kinder einer Familie, welche den Instrumentalunterricht besuchen, für massgebende Einkommen bis rund CHF 60'000 bis CHF 70'000. Bei Familien mit mehreren Kindern in der Musikschule, deren massgebendes Einkommen über diesem Schwellenwert liegt, führt die Aufhebung des Geschwisterrabatts zu Mehrkosten.

5 Finanzielles

5.1 Berufsauftrag und Besoldung

Mit der Umsetzung des Berufsauftrags ändert sich die Verteilung der Jahresarbeitszeit auf die Berufsauftragsbereiche. Im Bereich «Unterricht» reduziert sich bei vollem Pensum (100 Stellenprozente) die Unterrichtsverpflichtung von 30 Lektionen auf neu 28 Lektionen pro Unterrichtswoche. Im Gegenzug erhalten die Lehrpersonen etwas mehr Zeit für die weiteren Berufsauftragsbereiche. Das bedeutet, dass alle Lehrpersonen zusammen im Zeitpunkt der Umsetzung etwas weniger Musikunterricht erteilen werden, was mit zusätzlichen Stellen zu kompensieren ist. Es werden 1.9 zusätzliche Vollzeitstellen benötigt, was unter Einbezug der Lohnnebenkosten zu jährlich wiederkehrenden Mehrkosten von rund CHF 305'000 führt.

Künftig beträgt die Zeitpauschale im Arbeitsfeld «Schule» für alle Lehrpersonen unabhängig vom Beschäftigungsgrad 30 Stunden pro Jahr. Der Berufsauftrag gemäss Empfehlung des SGV sieht für das Arbeitsfeld «Schule» einen Anteil von 5 % der jährlichen Netto-Gesamtarbeitszeit vor. Bei einem Beschäftigungsgrad von weniger als 31.5 Stellenprozenten ergibt sich ein rechnerischer Wert von weniger als 30 Stunden. Aber auch diesen Musiklehrpersonen sollen im Arbeitsfeld «Schule» 30 Stunden zur Verfügung stehen. Denn die Arbeiten (insb. Konvente und andere Sitzungen) dauern für alle Lehrpersonen unabhängig vom konkreten Beschäftigungsgrad gleich lang. Daher wird Musiklehrpersonen mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 31.5 Stellenprozenten zusätzliche Zeit für das Arbeitsfeld «Schule» gutgeschrieben, bis auch sie über ein Zeitbudget von 30 Stunden pro Jahr verfügen. Dieser Effekt führt bei Anstellungspensen über dem Schwellenwert zu einer leichten Erhöhung des Beschäftigungsgrads. Bei Pensen über diesem Schwellenwert tritt der gegenteilige Effekt ein. Insgesamt überwiegt der reduzierende Effekt der hohen Anstellungspensen leicht. Es wird ein jährlich

wiederkehrender Minderaufwand von CHF 15'000 erwartet. Dieser Effekt ist vernachlässigbar, wird hier aber der Vollständigkeit halber trotzdem erwähnt.

Die Anpassung der Besoldung (Übernahme der Empfehlung des SGV) hat einen kostenmindernden Effekt. Dieser ist zu Beginn der Umsetzung gering, denn viele Lehrpersonen werden eine Besitzstandswahrung haben. Mit fortschreitender Zeit werden infolge von Pensionierungen und Austritten zunehmend Besitzstandswahrungen wegfallen. Dementsprechend wird sich der Lohnaufwand über die nächsten rund 20 Jahre sukzessive reduzieren. Eine Hochrechnung hat ergeben, dass die Anpassung der Besoldung im ersten Jahr der Umsetzung zu einer Einsparung von rund CHF 100'000 führen werden. In langfristiger Hinsicht kann die Einsparung nicht exakt beziffert werden, da diese Veränderungen von verschiedenen Faktoren abhängig sind. Im Sinne einer groben Hochrechnung können die Besoldungswerte der heutigen Lohntabelle denjenigen der neuen Besoldungstabelle gegenübergestellt werden. Über die gesamte Berufslaufbahn betrachtet liegen die Werte der neuen Lohntabelle rund 8.1 % tiefer als diejenigen gemäss aktueller Besoldungsregelung. Gemessen am heutigen Lohnaufwand für die Musiklehrpersonen (rund CHF 4.6 Mio., inkl. Lohnnebenkosten) entspricht dies in der langfristigen Betrachtung einer Aufwandminderung von rund CHF 370'000 pro Jahr.

5.2 Tarifmodell

Eine Hochrechnung hat ergeben, dass aufgrund der Anpassung der Tarife für den Instrumentalunterricht bzw. der Einführung eines neuen Tarifmodells mit Mehreinnahmen von rund CHF 50'000 pro Jahr gerechnet werden kann. Es ist geplant, den Gebührentarif für den Besuch der städtischen Volksschule und der Musikschule (SRS 211.511) mit Wirkung ab Beginn des Schuljahres 2025/26 anzupassen. Die entsprechenden Mehreinnahmen werden somit erstmals im Rahmen des Budgets 2025 wirksam.

5.3 Gesamteffekt

In finanzieller Hinsicht ergeben sich sowohl kostensteigernde als auch kostenmindernde Effekte. Wegen der Besitzstandswahrung werden einige Effekte erst in langfristiger Hinsicht vollständig wirksam. Daher muss zwischen der kurzfristigen Situation im Zeitpunkt der Umsetzung und der langfristigen Situation nach Wegfall der letzten Besitzstandswahrung, was schätzungsweise in 20 Jahren der Fall sein wird, unterschieden werden.

Effekte (+ = Kostensteigerung; - = Kostenminderung)	CHF pro Jahr	
	kurzfristig	langfristig
Reduktion Unterrichtsverpflichtung (30 auf 28 Stunden)	+305'000	+305'000
Zeitpauschale Arbeitsfeld «Schule» (30 Stunden) für alle	-15'000	-15'000
Besoldungsanpassung auf Empfehlung SGV	-100'000	-370'000
Gebühreneinnahmen (neues Tarifsysteem)	-50'000	-50'000
Netto	+140'000	-130'000
In Prozent des Nettoaufwands 2023 (CHF 3'484'866)	+4.0 %	-3.7 %

Tabelle 6: Übersicht über die finanziellen Effekte

6 Umsetzung

Die Planung sieht vor, dass die Umsetzung des Berufsauftrags und die Anpassungen am Tarifreglement auf Beginn des Schuljahres 2025/26 erfolgt. Der Stadtrat wird in seiner Kompetenz im Frühjahr 2025 eine Revision des entsprechenden Reglements beschliessen. Die finanziellen Auswirkungen werden ins Budget des Jahres 2025 aufgenommen und ausgewiesen.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Andy Markwalder

Beilagen:

1. Entwurf Nachtrag VII zum Reglement über die städtischen Schulen (SRS 211.1, Schulordnung)
2. Vergleich bisherige und zukünftige Besoldung der Musiklehrpersonen
3. Hochrechnung finanzielle Effekte (Einführung Berufsauftrag SGV und Tarifierung)
4. Stellungnahme pädagogischer Beirat
5. Verteilung der Arbeitszeit auf die Arbeitsfelder des Berufsauftrags